

# Große Kundgebungen der Bekenntniskirche in Berlin.

K. Berlin, 9. Nov. (Privat.) Gestern veranstaltete die Bekenntnisgemeinde in Berlin drei große Parallelversammlungen. Die größte, am meisten besuchte, fand in den Ausstellungshallen statt, und es waren hier wenig gerechnet 15,000 Personen anwesend. Die Versammlung war am Mittwoch noch über Antrag des Propagandaministeriums verboten, dann aber über Intervention der Parteileitung in München gestern Mittag wieder gestattet worden. Sie gestaltete sich zu einer großen, überaus eindrucksvollen Kundgebung, die abseits von allen politischen Tagesfragen diese wichtigste Seelenfrage des deutschen Volks zum erstenmal vor das Forum einer großen Laienzuhörerschaft trug. Es war Begeisterung und aufrichtige Teilnahme in diesen Männern und Frauen, die sich auf den Bänken und Stühlen atemlos zusammendrängten, um den Wortführer Seelsorger zu lauschen. Als erster sprach

Pfarrer Jakob

von der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, eines der führenden Mitglieder des Pfarrernotbundes in Berlin. Er sprach über das Bekenntnis, das in den heutigen Tagen eine doppelte Bedeutung habe. Es dürfe nicht als alte Fahne im Zeughaus hängen, es müsse gelebt, bekannt werden. Auch die Urchristenheit hatte ihr Bekenntnis: Christus ist Herr. Das gleiche gelte heute für die Kirche. Heute werde Christus in der Kirche verleugnet. Das bringe die tiefste Erschütterung mit sich. Wenn Pfarrer abgesetzt werden, da sie die Wahrheit sagen, so ist das Verleugnung Christi. Erst in den letzten Tagen habe ein Landesbischof einen der letzten alten Superintendenten aus dem Amt genommen, weil er Gottes Wort verkündete. Wenn heute der oberste Rechtslehrer der Kirche erkläre, das Erscheinen Christi sei ein Aufkommen nordischer Art gewesen, so sei dies Verleugnung Christi. Es sei Verleugnung, wenn ein deutsch-christlicher Lehrer des theologischen Seminars seinen Schülern ausführt, Golgatha sei ein übermächtiges Symbol, aber es komme dabei auf die Gestalt des historischen Christus an. Der Befehl der Deutschen Christen, gegen das Buch „Mythos des 20. Jahrhunderts“ dürfe nichts gesagt werden, sei Verleugnung Christi. Deshalb müsse das Bekenntnis als Fahne im Kampfe ausgetragen werden, und das Bekenntnis bekomme seine Bedeutung als Schwert. Als zweiter Redner erschien

Präsident Koch-Dehnhäusen,

der vor allem die Stellung der Bekenntniskirche zum deutschen Staat kennzeichnete. In ihrem Kampf gehe es zunächst um keine Personenfrage, es sei nicht verletztes Ehrgefühl, die die Männer der Bekenntnisfront in den Kampf treibe. Es gehe ihnen auch nicht um eine Organisationsfrage. Sie kämpften nicht um die Erhaltung ihrer Ständerechte. Aber sie wollen den Begriff des Rechtes nicht mit Füßen treten lassen. Sie führen den Kampf nicht um menschliche Freiheitsideale, sondern um den Christenmenschen, der in Gottes Wort gegeben ist.

Die Bekenntnisfront fürchtet die geistige Auseinandersetzung mit ihren Gegnern nicht. Für sie aber ist das Bekenntnis zur Auseinandersetzung die Gewissensfreiheit. Kein Zwang dürfe ausgeübt werden, denn die Aus-

einandersetzung um die hochstehende Frage dieser Tage wolle die Gemeinschaft sauber führen. In dieses Ringen gehe sie mit aller Zubersticht hinein, und sie wendet sich mit dieser Einladung an alle evangelischen Christen Deutschlands.

Die Bekenntnisfront wolle kein Sektierertum, sie wolle keine Freikirche. Es sei auch keine Spaltung in der Bekenntniskirche. Sie steht mit Leidenschaft zur Deutschen Evangelischen Kirche, und in ihr darf nichts anderes verkündet werden als das Wort Gottes. Sie kämpft gegen all die falschen Propheten die da verkünden, die Religion sei aus Blut und Rasse, aus Volk und Ehre entstanden. Sie leugne nicht den Geist in dieser Verkündigung, der das Volk an die Quellen ihres Ursprungs zurückführen möchte. Sie begreift die Verbundenheit, die darin liegt, daß alle Mitglieder einer Geschlechterfolge sind. Aber daraus ergibt sich die Verantwortung für das Erbe der Väter und für das Erbe der kommenden Generation. Gerade deshalb kann die Bekenntnisfront keine Verfälschung des Evangeliums zulassen.

Als dritter Redner trat vor die Versammlung

Pfarrer Niemöller aus Dahlem, Kämpfer auf der Kanzel wie einst Kämpfer auf dem Unterseeboot. Er sprach davon, daß man noch nicht weit auf dem Wege zum Frieden sei. Einen billigen Vergleich könnte man jederzeit zwischen den streitenden Parteien schließen. Aber es gehe um mehr als um einen billigen Frieden. Es gehe heute um die Frage, ob die Evangelische Kirche zur evangelischen Christenheit zurückkehren wolle.

Es müsse endlich damit gebrochen werden, daß Gewalt und Selbstherrlichkeit Heimatrecht in der Kirche erhalten. Daher setze die Bekenntnisfront diesem Willen einentschlossenes Nein gegenüber. Heute ist die evangelische Kirche vor die Entscheidung gestellt, und Pfarrer Niemöller fordert in leidenschaftlichen Worten, daß

kein Kompromiß geschlossen werde, weder im Haus noch in der Kirche. Die Verantwortung für den Kampf liege bei den leitenden Männern des Reiches, die darüber entscheiden müßten, was nunmehr aus der Deutschen Evangelischen Kirche wird. Kein Kompromiß, keine Halbheit. Alles für die bekennende Gemeinde.

Deutlich war die große Bewegung zu erkennen, die durch die atemlos lauschenden Massen ging, als dieser schlanke, scharfgesichtige Mann seinen Kampfruf in den Saal schleuderte, und der Redner, der nach ihm erschien, Oberkirchenrat Breit, der vertraute Mitarbeiter des Landesbischofs Meiser, hatte vollkommen recht, als er davon sprach, wie erhebend das Wiederauferstehen der Bekenntnisfreudigkeit im ganzen deutschen Volke sei. Breit überbrachte die Grüße der evangelischen Kirche Bayerns und forderte auch seinerseits zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege auf.

Es wurde am Schluß der Kundgebung dann eine Resolution verabschiedet, die vom Rat der Bekenntnissynode verabschiedet wurde und folgenden Wortlaut hat:

„I. Die wahre Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche ist kein Traum mehr. Allenthalben in deut-

den ge  
die ihr  
deutsche  
sein!  
III.  
Ev an  
in dem  
ierten  
sollen  
Schrift  
könne d  
kenntni  
kennen,  
Barmen  
deutscher  
IV. L  
ch en r e  
wirkt,  
Kirche zu  
tritt des  
Friedens  
Freunde  
nicht,  
Reichs  
Das g  
wahrh  
muß b  
Die ne  
synode h  
wird den  
schlossen i  
V. Wi  
aber ke  
gelium  
Religiösa  
mente ein  
mit die S  
ausrichtet  
nung erh  
hall gefu  
Frieden t  
ment im  
tierte Kir  
nung wie  
Geltung  
VI. Wi  
des Kamp  
hin mit a  
um die  
zu führen  
fremd und  
entschieden  
stoßen wo  
entschlossen  
und Irrle  
willt ist, a  
gelten zu  
der kirchlich  
zu urteilen  
vor die G  
Abkehr von  
heiligen u  
will.“

Die ne  
synode h  
wird den  
schlossen i  
V. Wi  
aber ke  
gelium  
Religiösa  
mente ein  
mit die S  
ausrichtet  
nung erh  
hall gefu  
Frieden t  
ment im  
tierte Kir  
nung wie  
Geltung  
VI. Wi  
des Kamp  
hin mit a  
um die  
zu führen  
fremd und  
entschieden  
stoßen wo  
entschlossen  
und Irrle  
willt ist, a  
gelten zu  
der kirchlich  
zu urteilen  
vor die G  
Abkehr von  
heiligen u  
will.“

„Serr Re  
Ihnen die An  
jeder aus sei  
ernsten Bitte  
sie und läßt es  
samer Ueberrei  
ihrer Darlegu  
Bitte als eine  
entsprechende  
lischer theologi  
Gründen geson  
erhält der Nei  
Abschriften an  
die Befanntga  
Es folgen  
nach Stellung  
tritt des Reich  
erster Stelle sic

„Serr Re  
Ihnen die An  
jeder aus sei  
ernsten Bitte  
sie und läßt es  
samer Ueberrei  
ihrer Darlegu  
Bitte als eine  
entsprechende  
lischer theologi  
Gründen geson  
erhält der Nei  
Abschriften an  
die Befanntga  
Es folgen  
nach Stellung  
tritt des Reich  
erster Stelle sic

KBA 16665

bischöfe Meiser, Wurm, Marahrens und Zanker; der letztere, Landesbischof von Schlesien, ist wie erinnerlich in den letzten Tagen erst zur Bekenntnisfront übergetreten und hat bei diesem Frontwechsel den größten Teil der ihm unterstellten Pfarrer mitgenommen. Die Brieffschreiber erklären,

die Amtsführung des Reichsbischofs sei eine Zerstörung des Rechtes, des Vertrauens und der Gemeinschaft, an der die Kirche zusammenbrechen müßte und die auch den Staat aufs höchste gefährde.

Zunehmend hätten sie (die unterzeichneten Landesbischofe) den Reichsbischof darauf aufmerksam gemacht, daß sein Vorgehen auch der formalen Rechtmäßigkeit entbehre. Nun müsse er es erleben, daß die höchsten Organe des Staates die von ihm vollzogene Gesetzgebung als rechtsunwirksam erklären. Eigentlich sollte es in einer solchen Lage nicht eines Augenblicks der Ueberlegung bedürfen, was der verantwortliche Führer zu tun habe. Da sich die Brieffschreiber aber des Eindrucks nicht erwehren könnten, als ob sich der Reichsbischof des Ernstes der Lage nicht voll bewußt wäre, so seien sie genötigt, ihn auf das dringendste zu bitten, dem Staat und der Kirche wenigstens den Dienst zu tun, daß er die Möglichkeit für einen neuen Anfang und eine Befriedung der Kirche durch seinen Rücktritt schaffe.

Das zweite Schreiben stammt von Präses Koch, dem Führer der Bekenntnisfront, der vom Reichsbischof verlangt, daß er unverzüglich seinen Platz räume und die Bahn freigebe für den Mann, den die Bekenntnissynode und die ganzen Verbände evangelischer Arbeit durch ihr Vertrauen zu unterstützen bereit sind.

Das dritte Schreiben stammt von der „Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evangelischen Kirche“ und ist gezeichnet von Nodelschwingh, Anat und Rüttichau. Eine an die Wurzel gehende Lösung der Krise könne nicht länger aufgeschoben werden. Bei dieser Lösung handle es sich in erster Linie um die Person des Reichsbischofs, dem es nicht gelungen sei, das Vertrauen der Kreise der evangelischen Kirche zu gewinnen. Es bestehe auch keine Hoffnung, daß hierin eine Besserung eintrete. Die Unterzeichner bitten daher den Reichsbischof, die Bahn so schnell wie möglich freizumachen. Wenn das ein persönliches Opfer für ihn erfordere, so erwarte man, daß gegenüber allen andern Rücksichten der Gedanke an die Lebensnotwendigkeiten der Kirche und an das Heil von Volk und Staat für den Reichsbischof entscheidend sein werde.

Das vierte Schreiben kommt vom Zentralvorstand des „Evangelischen Vereins der Gustav Adolf-Stiftung“ und ist gezeichnet von dessen Vorsitzendem Dr. Gerber, Professor an der Universität Leipzig. Auch dieses Schreiben sieht das entscheidende Hindernis für die Herstellung des kirchlichen Friedens und damit für die kraftvolle und freudige Opferwilligkeit der Mutterkirche für ihre Glieder in der Person des Reichsbischofs, da es diesem nicht geglückt sei, Vorgänge zu verhindern, deren Nachahmung ungeheuerliche Folgen für den Bestand des evangelischen Glaubens und wertvollster Stücke des evangelischen Deutschtums haben müßte. Täglich dringen zur Gustav Adolf-Stiftung die Flüsse der Glaubens- und Volksgenossen aus den abgetretenen Gebieten und dem schwer heimgesuchten Bruderland Oesterreich und aus Siebenbürgen, Jugoslawien, ja sogar aus den überseeischen Gebieten der deutsch-evangelischen Auslandsdiaspora. Sie sprächen es unmißverständlich aus, daß nur eine völlige Aenderung des von der Heimatkirche bis jetzt gesteuerten KurSES sie vor der Gefahr des Unterganges retten könne.

Schreiben Nummer fünf kommt aus der Feder des „Lutherischen Rates der deutsch-evangelischen Kirche“ und trägt die Unterschrift des Vorsitzenden Meiser. In diesem Schreiben wird ausgeführt, daß der Reichsbischof sich durch sein Verhalten in der Bekenntnisfrage um jedes Vertrauen in den Bekenntnistreuen Kreisen gebracht habe. Er müsse daher die Folgerung aus der von ihm geschaffenen Lage ziehen und freiwillig vom Amte zurücktreten.

Zum Schluß eine Zuschrift, in der der Martin Luther-Bund in Erlangen seine Stellungnahme zum Ausdruck bringt: „Der Martin Luther-Bund hält im Blick auf das lutherische Werk der Diaspora den Rücktritt des derzeitigen Reichsbischofs für unerlässlich. Namens des Martin Luther-Bundes: gez. Dr. Ulmer.“

Darauf hat der Reichsbischof mie folgt geantwortet:

„Berlin-Charlottenburg, 7. November 1934. An die Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evangelischen Kirche, zu Händen des Missionsdirektors Dr. Anat, Berlin: Auf Ihre Eingabe vom 6. November erwidere ich, daß ich nach ernster Prüfung Ihrem an mich gestellten Ansinnen, von meinem Amte als Reichsbischof zurückzutreten, nicht entsprechen kann. Die zum Bischofsrat versammelten Landesbischofe und Bischöfe sind sich alle mit mir darin einig, daß mein Rücktritt nicht Frieden, sondern neue Unruhe bringen würde. Die Einsicht, daß in der gegenwärtigen kirchlichen Opposition starke Kräfte unter Verkenning des eigentlichen evangelischen Kirchenwesens fettenhafte Auffassungen zeigen, macht es mir unmöglich, zugunsten dieser Opposition mich von meinem Amte zu lösen. Auch die Verantwortung für die große Zahl der Volksgenossen, die der Kirche entfremdet sind und denen die Kirche gerade ihren besonderen Dienst schuldig ist, zwingt mich, auf meinem Posten zu bleiben. Ich werde alles daran setzen, die aufbauwilligen Kräfte zu sammeln, damit in unserem Volke eine geeinigte deutsche evangelische Kirche werde. Heil Hitler! Gez. Ludwig Müller.“

Ferner hat der Reichsbischof an den bairischen Landesbischof Meiser das folgende Telegramm gerichtet: „Maßnahmen zur Sicherung einwandfreier Rechtszustände sind sofort nach Abberufung des früheren Reichswalters eingeleitet. Um Kirche und Volksgemeinschaft willen sofortige Beendigung des Kirchenstreits und echte Befriedung erforderlich. Zurückziehe zu diesem Ziele Ihre Abberufung und die Einföhrung meiner Kommissare. Ich erwarte selbstverständlich andererseits Zurückhaltung gegenüber allen, die sich aus Ueberzeugung eingesetzt haben, und Bereitschaft zu gemeinsamer Besprechung unter Beteiligung zuständiger Stellen des Reiches.“

An den gleichfalls abgesetzten Bischof Wurm ist ein Telegramm gegangen, das wesentlich anders lautet, schon in der Anschrift. Hier heißt es:

„An den Landesbischof a. D. Wurm und den württembergischen Kirchenkommissar.“ Dann heißt es am Schluß:

ischen Landen sind die, die wirkliche Christen sind und eine echte Kirche wollen, aufgestanden. In innerster Bewegung kämpfen sie den Kampf um die Kirche. Der Hunger nach Gotteswort ist aufgewacht. Die Gemeinden sammeln sich um Gottes Wort und werden willig zu Dienst und Opfer. Gott hat Großes an uns getan! Ihm sei Ehre und Dank!

II. Im Kampf gegen Gewalt und Unrecht, Lüge und Irrlehre, die in die Kirche eingedrungen und alles Leben zu ersticken drohen, wollen wir eine Kirche, die sich ausschließlich nach dem Worte Gottes richtet, eine Kirche, die niemanden gehorcht als dem Herrn der Kirche, eine Kirche, die ihre Botenschaft lauter und unverkürzt an das deutsche Volk richtet. So wollen wir Volkskirche sein!

III. Wir wollen eine einige Deutsche Evangelische Kirche. Sie soll ein Bund sein, in dem sich die lutherischen, reformierten und unitarischen Kirchen zusammenschließen. An dieser Kirche sollen Verkündigung, Kultur und Ordnung durch Schrift und Bekenntnis bestimmt sein. Deshalb könne die Kirche auch nur von Männern ihres Bekenntnisses geleitet werden. Indem wir das anerkennen, fassen wir, wie die Bekenntnissynoden von Barmen und Dahlen beweisen, die verschiedenen deutschen Kirchen in ehrllicher Einigkeit zusammen.

IV. Wir lehnen das derzeitige Kirchenregiment ab. Es hat jedes Recht verwirkt, im Namen der Deutschen Evangelischen Kirche zu reden und zu handeln. Die nach dem Rücktritt des Rechtswalters Dr. Jäger ausgegebenen Friedensparolen des Reichsbischofs und seiner Freunde verwirren nur die Lage. Es genügt nicht, wenn einzelne Personen der Reichskirchenregierung zurücktreten. Das ganze System der Irrlehre, Unwahrhaftigkeit und Unterdrückung muß beseitigt werden.

Die neue Kirchenleitung ist da. Die Bekenntnissynode hat ein Notkirchenregiment bestimmt. Es wird den Wiederaufbau der zerstörten Kirche entschlossen in die Wege leiten.

V. Wir wollen Frieden in der Kirche, aber keinen Frieden, bei dem das Evangelium gefährdet und die Kirche zu einer Religionsgesellschaft wird, in der heidnische Elemente eine Rolle spielen. Wir wollen Frieden, damit die Kirche ihren Auftrag an das deutsche Volk ausgerichtet und unser Ruf zu Frieden und zur Ordnung erhört wird. Er hat auch in Kreisen Widerhall gefunden, die uns bisher fern standen. Der Frieden kommt zustande, wenn das Notkirchenregiment im Anschluß an die durch Reichsgesetz garantierte Kirchenverfassung von 1933 die kirchliche Ordnung wieder herstellt und dem Bekenntnis seine Geltung zurückgibt.

VI. Wir rufen unsere Gemeinden, die die Lasten des Kampfes mit uns getragen haben, auf, weiterhin mit aller Zuversicht des Glaubens den Kampf um die wirkliche Erneuerung der Kirche zu führen. Wir grüßen auch die, die uns bisher fremd und feindlich gegenüberstanden und nun unter entschiedener Abkehr von dem falschen Wege zu uns stoßen wollen. Offen trete auf unsere Seite, wer entschlossen ist, Ungerechtigkeit und Gewalt, Lüge und Irrlehre aus der Kirche auszutreiben, wer gewillt ist, allein das Wort Gottes als rettende Kraft gelten zu lassen, wer überzeugt ist, daß in Sachen der kirchlichen Ehre und Ordnung die Kirche allein zu urteilen und zu entscheiden berufen ist. Jeder ist vor die Entscheidung gestellt; es gilt entschlossene Abkehr von allem, was den Namen Gottes nicht heiligen und sein Reich uns nicht kommen lassen will.

### Rücktritt des Reichsbischofs wird als unerlässlich gefordert!

K. Berlin, 9. November. (Privattele.) Der Kampf, der sich hauptsächlich um die Person des Reichsbischofs

### Bekenntniskirche in Berlin.

Die Bekenntniskirche in Berlin hat sich um die hochstehende Frage dieser Kirche die Gemeinschaft sauber führen. In den kommenden Tagen geht sie mit aller Zuversicht hinein, wendet sich mit jeder Einladung an alle deutschen Christen Deutschlands.

Die Bekenntniskirche in Berlin hat sich um die hochstehende Frage dieser Kirche die Gemeinschaft sauber führen. In den kommenden Tagen geht sie mit aller Zuversicht hinein, wendet sich mit jeder Einladung an alle deutschen Christen Deutschlands.

Die Bekenntniskirche in Berlin hat sich um die hochstehende Frage dieser Kirche die Gemeinschaft sauber führen. In den kommenden Tagen geht sie mit aller Zuversicht hinein, wendet sich mit jeder Einladung an alle deutschen Christen Deutschlands.

Die Bekenntniskirche in Berlin hat sich um die hochstehende Frage dieser Kirche die Gemeinschaft sauber führen. In den kommenden Tagen geht sie mit aller Zuversicht hinein, wendet sich mit jeder Einladung an alle deutschen Christen Deutschlands.

## Bekenntnisfront in Berlin.

bersekung um die hochste Frage dieser Kirche, die Gemeinshaft lauber führen. In Ringen gehe sie mit aller Zuversicht hinein, sie mündet sich mit jeder Einladung an alle christlichen Christen Deutschlands.

Bekenntnisfront wolle kein Sekularismus, sie wolle keine Freikirche.

auch keine Spaltung in der Bekenntnisfront.

recht mit Leidenschaft zur Deutschen Evangelischen Kirche, und in ihr das nichts anderes verkörpernden als das Wort Gottes. Sie kämpft gegen die falschen Propheten, die da verkünden, die von sei aus Blut und Masse, aus Volk und entstanden. Sie leugne nicht den Geist in der Verkündigung, der das Volk an die Quellen ihres Lebens zurückzuführen möchte. Sie bekennt die Geschlechterfolge sind. Aber daraus ergibt sich Verantwortung für das Erbe der Väter und für die Erbe der kommenden Generation. Gerade deswegen die Bekenntnisfront keine Verkörperung des Evangeliums zulassen.

drifter Redner trat vor die Versammlung

farrer Niemöller aus Dahlem,

fer auf der Kanzel wie einst Kämpfer auf dem Seeboot. Er sprach davon, daß man noch nicht auf dem Wege zum Frieden sei. Einen billigen Reich könnte man jederzeit zwischen den streitenden Parteien schließen. Aber es gehe heute um die ob die Evangelische Kirche zur evangelischen Einheit zurückkehren wolle.

müsse endlich damit gebrochen werden, daß Gewalt und Selbstherrlichkeit Seimatrecht in der Kirche erhalten. Daher setzt die Bekenntnisfront diesem Willen entschlossenes Nein gegenüber.

ist die evangelische Kirche vor die Entscheidung, und Pfarrer Niemöller fordert in leidenschaftlichen Worten, daß

in Kompromiß geschlossen werde,

im Haus noch in der Kirche. Die Verantwortung für den Kampf liege bei den Leitenden des Reiches, die darüber entscheiden müssen, was nunmehr aus der Deutschen Evangelischen Kirche wird. Kein Kompromiß, keine Halbheit für die bekennende Gemeinde.

lich war die große Bewegung zu erkennen, durch die atemlos lauschenden Massen ging, Meiser schlank, scharfgesichtiger Mann seinen Ruf in den Saal schleuderte, und der Redner, der ihm erschien, Oberkirchenrat Breit, der alte Mitarbeiter des Landesbischofs Meiser, vollkommen recht, als er davon sprach, wie er das Wiederaufstehen der Bekenntnisfront im ganzen deutschen Volke sei. Breit überreichte die Grüße der evangelischen Kirche Bayerns forderte auch seinerseits zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege auf.

wurde am Schluß der Kundgebung dann eine Resolution

itet, die vom Rat der Bekenntnissynode verabschiedet wurde und folgenden Wortlaut hat:

Die wahre Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche ist kein Traum mehr. Allenfalls in deut-

den gehorcht als dem Herrn der Kirche, eine Kirche, die ihre Botenschaft lauter und unverfälscht an das deutsche Volk richtet. So wollen wir Volkskirche sein!

III. Wir wollen eine einige Deutsche Evangelische Kirche. Sie soll ein Bund sein, in dem sich die lutherischen, reformierten und unierten Kirchen zusammenfinden. In dieser Kirche sollen Verkündigung, Kultur und Ordnung durch Schrift und Bekenntnis bestimmt sein. Deshalb könne die Kirche auch nur von Männern ihres Bekenntnisses geleitet werden. Indem wir das anerkennen, fassen wir, wie die Bekenntnissynoden von Barmen und Dahlem beweisen, die verschiedenen deutschen Kirchen in ehrlicher Einigkeit zusammen.

IV. Wir lehnen das derzeitige Kirchenregiment ab. Es hat jedes Recht verliert, im Namen der Deutschen Evangelischen Kirche zu reden und zu handeln. Die nach dem Rücktritt des Reichswalters Dr. Jäger ausgegebenen Friedensparolen des Reichsbischofs und seiner Freunde verwirren nur die Lage. Es genügt nicht, wenn einzelne Personen der Reichskirchenregierung zurücktreten. Das ganze System der Irrlehre, Unwahrhaftigkeit und Unterdrückung muß beseitigt werden.

Die neue Kirchenleitung ist da. Die Bekenntnissynode hat ein Notkirchenregiment bestimmt. Es wird den Wiederaufbau der zerstörten Kirche entschlossen in die Wege leiten.

V. Wir wollen Frieden in der Kirche, aber keinen Frieden, bei dem das Evangelium gefährdet und die Kirche zu einer Religionsgesellschaft wird, in der heidnische Elemente eine Rolle spielen. Wir wollen Frieden, damit die Kirche ihren Auftrag an das deutsche Volk ausrichtet und unser Ruf zu Frieden und zur Ordnung erhört wird. Er hat auch in Kreisen Widerhall gefunden, die uns bisher fern standen. Der Frieden kommt zustande, wenn das Notkirchenregiment im Anschluß an die durch Reichsgesetz garantierte Kirchenverfassung von 1933 die kirchliche Ordnung wieder herstellt und dem Bekenntnis seine Geltung zurückgibt.

VI. Wir rufen unsere Gemeinden, die die Lasten des Kampfes mit uns getragen haben, auf, weiterhin mit aller Zuversicht des Glaubens den Kampf um die wirkliche Erneuerung der Kirche zu führen. Wir grüßen auch die, die uns bisher fremd und feindlich gegenüberstanden und nun unter entschiedener Abkehr von dem falschen Wege zu uns stoßen wollen. Offen trete auf unsere Seite, wer entschlossen ist, Ungerechtigkeit und Gewalt, Lüge und Irrlehre aus der Kirche auszutreiben, wer gewillt ist, allein das Wort Gottes als rettende Kraft gelten zu lassen, wer überzeugt ist, daß in Sachen der kirchlichen Ehre und Ordnung die Kirche allein zu urteilen und zu entscheiden berufen ist. Jeder ist vor die Entscheidung gestellt: es gilt entschlossene Abkehr von allem, was den Namen Gottes nicht heiligen und sein Reich uns nicht kommen lassen will.

### Rücktritt des Reichsbischofs wird als unerlässlich gefordert!

K. Berlin, 9. November. (Privattele.) Der Kampf, der sich hauptsächlich um die Person des Reichsbischofs Müller konzentriert, findet seinen Ausdruck in verschiedenen Schreiben, die von der Gegenseite an den Reichsbischof mit der Bitte gerichtet wurden, den Frieden in der Kirche durch seinen Rücktritt herbeizuführen. So sei hier ein Schreiben wiedergegeben, das von den Landesbischofen von Bayern, Württemberg und Hannover sowie dem Bischof von Schlesien, dem Bruder Rat der Deutschen Evangelischen Kirche, der Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evangelischen Kirche, dem Evangelischen Verein der Gustav Adolf-Stiftung, dem Lutherischen Rat der Deutschen Evangelischen Kirche und dem Martin Luther-Bund unterschrieben ist. Alle diese Persönlichkeiten und Gemeinschaften haben jede für sich dann noch ein Schreiben an Müller gerichtet, jedoch wird dieses ihr gemeinsames Schreiben an die Spitze gestellt, da es zugleich auf eine Erklärung hinweist, die von 112 Hochschullehrern der deutschen Theologie an die Adresse des Reichsbischofs Müller gerichtet wurde. Dieses vom 6. November datierte Schreiben lautet:

„Herr Reichsbischof! Die Unterzeichneten überreichen Ihnen die Anlagen, in denen sie unabhängig voneinander jeder aus seinem Wirkungsbereich heraus zu derselben ersten Bitte an Sie gekommen sind. Diese Tatsache eint sie und läßt es ihnen geboten erscheinen, durch die gemeinsame Ueberreichung dieser Schreiben das Schwergewicht ihrer Darlegungen zu erhöhen, zugleich aber auch ihre Bitte als eine Forderung auf Ihr Gewissen zu legen. Eine entsprechende Erklärung einer überwiegenden Zahl evangelischer theologischer Hochschullehrer wird Ihnen aus äußeren Gründen gesondert zugehen. Eine Abschrift dieser Schreiben erhält der Reichsinnenminister. Die Zusendung weiterer Abschriften an andere Stellen bleibt vorbehalten, ebenso die Bekanntgabe an die Öffentlichkeit.“

Es folgen also nun sechs Schreiben, in denen jedes nach Stellung und Wirksamkeit der Schreiber den Rücktritt des Reichsbischofs als unerlässlich bezeichnet. An erster Stelle figuriert ein gemeinsamer Brief der Landes-

Das vierte Schreiben kommt vom Zentralvorstand des „Evangelischen Vereins der Gustav Adolf-Stiftung“ und ist gezeichnet von dessen Vorsitzendem Dr. Gerber, Professor an der Universität Leipzig. Auch dieses Schreiben sieht das entscheidende Hindernis für die Herstellung des kirchlichen Friedens und damit für die kraftvolle und freudige Opferwilligkeit der Mutterkirche für ihre Glieder in der Person des Reichsbischofs, da es diesem nicht gegliedert sei, Vorgänge zu verhindern, deren Nachahmung ungeheuerliche Folgen für den Bestand des evangelischen Glaubens und wertvollster Stücke des evangelischen Deutschtums haben müßte. Täglich dringen zur Gustav Adolf-Stiftung die Rufe der Glaubens- und Volksgenossen aus den abgetretenen Gebieten und dem schwer heimgesuchten Bruderland Österreich und aus Siebenbürgen, Jugoslawien, ja sogar aus den überseeischen Gebieten der deutsch-evangelischen Auslandsdiaspora. Sie sprächen es unmißverständlich aus, daß nur eine völlige Aenderung des von der Heimatkirche bis jetzt gesteuerten Kurses sie vor der Gefahr des Unterganges retten könne. Schreiben Nummer fünf kommt aus der Feder des „Lutherischen Rates der deutsch-evangelischen Kirche“ und trägt die Unterschrift des Vorsitzenden Meiser. In diesem Schreiben wird ausgeführt, daß der Reichsbischof sich durch sein Verhalten in der Bekenntnisfrage um jedes Vertrauen in den bekennnistreuen Kreisen gebracht habe. Er müsse daher die Folgerung aus der von ihm geschaffenen Lage ziehen und freiwillig vom Amte zurücktreten.

Zum Schluß eine Zuschrift, in der der Martin Luther-Bund in Erlangen seine Stellungnahme zum Ausdruck bringt: „Der Martin Luther-Bund hält im Blick auf das lutherische Werk der Diaspora den Rücktritt des derzeitigen Reichsbischofs für unerlässlich. Namens des Martin Luther-Bundes: gez. Dr. Ulmer.“

Darauf hat der Reichsbischof wie folgt geantwortet:

„Berlin-Charlottenburg, 7. November 1934. An die Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evangelischen Kirche, zu Händen des Missionsdirektors Dr. Anaf, Berlin: Auf Ihre Eingabe vom 6. November erwidere ich, daß ich nach ernster Prüfung Ihrem an mich gestellten Ansuchen, von meinem Amte als Reichsbischof zurückzutreten, nicht entsprechen kann. Die zum Bischofsrat verammelten Landesbischofe und Bischöfe sind sich alle mit mir darin einig, daß mein Rücktritt nicht Frieden, sondern neue Unruhe bringen würde. Die Einsicht, daß in der gegenwärtigen kirchlichen Opposition starke Kräfte unter Verkennung des eigentlichen evangelischen Kirchenwesens sektenhafte Auffassungen zeigen, macht es mir unmöglich, zugunsten dieser Opposition mich von meinem Amte zu lösen. Auch die Verantwortung für die große Zahl der Volksgenossen, die der Kirche entfremdet sind und denen die Kirche gerade ihren besonderen Dienst schuldig ist, zwingt mich, auf meinem Posten zu bleiben. Ich werde alles daran setzen, die aufbauwilligen Kräfte zu sammeln, damit in unserem Volke eine geeinigte deutsche evangelische Kirche werde. Heil Gitter! Gez. Ludwig Müller.“

Ferner hat der Reichsbischof an den bairischen Landesbischof Meiser das folgende Telegramm gerichtet: „Maßnahmen zur Sicherung einwandfreier Rechtszustände sind sofort nach Abberufung des früheren Reichswalters eingeleitet. Um Kirche und Volksgemeinschaft willen sofortige Beendigung des Kirchenstreits und echte Befriedung erforderlich. Zurückziehe zu diesem Ziele Ihre Abberufung und die Einsetzung meiner Kommissare. Ich erwarte selbstverständlich andererseits Zurückhaltung gegenüber allen, die sich aus Ueberzeugung eingesetzt haben, und Bereitschaft zu gemeinsamer Besprechung unter Beteiligung zuständiger Stellen des Reiches.“

An den gleichfalls abgesetzten Bischof Wurm ist ein Telegramm gegangen, das wesentlich anders lautet, schon in der Anschrift. Hier heißt es:

„An den Landesbischof a. D. Wurm und den württembergischen Kirchenkommissar.“ Dann heißt es am Schluß: „Zur Vermeidung weiterer schwerer Beunruhigung in der württembergischen Landeskirche erwarte von Ihnen Zurückhaltung, bis in gemeinsamer Besprechung unter Beteiligung zuständiger Stellen des Reiches Wege echter kirchlicher Befriedung gefunden sind.“

### Besprechungen.

Berlin, 8. Nov. (United Press.) Die Eintrittskarten für die heute abgehaltenen Kundgebungen der Bekenntnisfront, auf der Präses Koch und die Pastoren Niemöller und Jacobi sprachen, waren ausverkauft. Wie die United Press erfährt, bestand noch heute früh die Gefahr, daß die Kundgebung verboten werde; allerdings soll sich vor allem der preussische Ministerpräsident Göring dafür eingesetzt haben, daß ein Verbot nicht erfolge.

Ueber die Nachrichten von Verhandlungen zwischen den Landesbischofen Meiser und Wurm einerseits und dem Reichsleiter der Deutschen Christen andererseits erfährt die United Press, daß Dr. Kunder an Wurm und Meiser herantreten ist mit dem Ersuchen, in Verhandlungen mit ihm zu treten. Meiser und Wurm haben sich aber geweigert, selbst mit Kunder zu verhandeln, mit dem Hinweis darauf, daß sie zu solchen Verhandlungen nicht berechtigt seien. Auf Grund der Vermittlung der beiden Landesbischofe kam dann eine Besprechung zwischen Dr. Kunder und Präses Koch zustande, an der auch Professor Dr. Karl Barth teilnahm. Ein positives Ergebnis ist allerdings bei dieser Besprechung nicht erzielt worden.

### Ein deutscher Protestschritt in London

(\*) London, 8. Nov. Der deutsche Botschafter von Goeth überreichte heute Außenminister Sir John Simon einen Protest der Reichsregierung gegen die angeblichen französischen Pläne für einen Einmarsch in das Saargebiet und die damit verbun-